

# NZZ

Meinung &amp; Debatte

Artikel 5 von 9 auf Seite 9

## TRIBÜNE

# Ein totes Pferd lässt sich nicht reiten

Gastkommentar

*von Guido Graf*

Weltweit sind mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Ein Zustand, der die nationale und internationale Politik eigentlich aufhorchen lassen sollte. Davon ist aber wenig bis gar nichts zu spüren. Die EU bröckelt nach dem Brexit und dem anstehenden Frexit. Und die nationale Politik? Gerne will man allen gefallen und allen Ansprüchen genügen. Eigentlich sollten wir aber die veränderten Verhältnisse genau hinterfragen. Untersucht man die Fluchtgründe, so kommt man zur Erkenntnis, dass die meisten durch die Menschen selber verursacht werden – Krieg, Terrorismus, Bevölkerungsexplosion. Weitere Ursachen sind die Spätfolgen der Kolonialisierung. Grenzen wurden willkürlich gezogen, ohne die ethnischen und kulturellen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Vielfach spielen auch strategische Interessen eine entscheidende Rolle. Dazu gehört unter anderem der Abbau der reichlich vorhandenen natürlichen Ressourcen.

Fehlende Zukunftsperspektiven führen dazu, dass viele Flüchtlinge sich auf den Weg nach Europa machen; dies, obwohl seit 1960 ungefähr zwei Billionen US-Dollar nach Afrika geflossen sind. Es ist an der Zeit, in Sachen Entwicklungshilfe neue Wege zu beschreiten und sich der alten Indianerweisheit zu erinnern: «Wenn du entdeckst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab!» Konkret hat es die afrikanische Ökonomin Dambisa Moyo wie folgt ausgedrückt: «Schafft die Hilfe für Afrika ab!»

Einmal mehr ist in der EU der Ruf nach einem Marshall-Plan für Afrika ertönt – obwohl inzwischen längst die Erkenntnis gereift ist, dass die klassische Entwicklungshilfe infolge «afrikaspezifischer» Gegebenheiten gescheitert ist. Diese Ansicht wird von vielen Migrationsexperten geteilt, zunehmend auch von afrikanischen. Wer aber hat den Mut, diese Erkenntnis umzusetzen? Bis heute niemand. Für die Bewältigung der Flüchtlingskrise werden Gelder in Milliardenhöhe gesprochen. Deutschland allein prognostiziert für die Bewältigung der Flüchtlingskrise einen Aufwand von 50 Milliarden Euro. Es handelt sich um eine Politik des schlechten Gewissens, eine Politik ohne konkreten Plan. Die Entwicklungshilfe muss auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden, weil die in den letzten fünfzig Jahren beschrittenen Wege zu keinen wesentlichen Verbesserungen geführt haben. Ein Blick auf relevante Daten wie Korruptionsindex, Prognose der Bevölkerungsentwicklung und die Liste der gegenwärtig stattfindenden Kriege zeigt klar auf, dass die Herausforderung komplex ist.

Die EU ist so sehr mit sich selber beschäftigt, dass sie diese Herausforderung weder zeitnah noch mit der notwendigen politischen Stärke meistern kann. Die Bevölkerungsexplosion in Afrika wird dazu führen, dass der Druck der Migration nach Europa nicht nachlassen wird. Mit einer Beruhigung an der Asylfront ist also

keineswegs zu rechnen, auch wenn die Asylzahlen zurzeit rückläufig sind. Das Schicksal Europas wird für Jahrzehnte vom Zustand Afrikas abhängen.

Für die Schweiz wagt niemand konkrete Prognosen, die Lage beim Nachbarn Italien sollten wir aber als Warnzeichen erkennen. Wir wissen, dass die Situation in den italienischen Aufnahmezentren seit Monaten chaotisch ist. Das Potenzial an frustrierten Menschen, die nach Norden weiterziehen wollen, ist beträchtlich. Es mehren sich die Anzeichen, dass die Bevölkerung das Vertrauen in die Politik endgültig verloren hat und nicht mehr gewillt ist, die durch die Flüchtlinge verursachten Belastungen mitzutragen. Frontex rechnet auch für 2017 mit Anlandungen in der Grössenordnung von 2016. Italien ist daher für uns Schweizer bezüglich der Migrationslage die wichtigste Interessenzone und Planungsgrundlage für die Ausgestaltung unserer Asylstrategie.

Wenn kein Umdenken stattfindet, tragen wir alle dazu bei, dass viele Menschen ihre Heimat verlieren und mit unserer Entwicklungshilfe ihre Zukunft. Was es braucht, ist ein Zusammenschluss aller betroffenen Länder zu einer Gemeinschaft mit einer klaren politischen Strategie in der Flüchtlingsproblematik. Wir müssen den Mut haben, vom toten Pferd abzusteigen!

Guido Graf ist Regierungsrat im Kanton Luzern.

© Neue Zürcher Zeitung AG - Alle Rechte vorbehalten